

Volks-Zeitung

Grosz-Prozess vor dem Reichsgericht Zwei K. P. D.-Stadträte bestätigt

Ohne Visum nach Buenos Aires



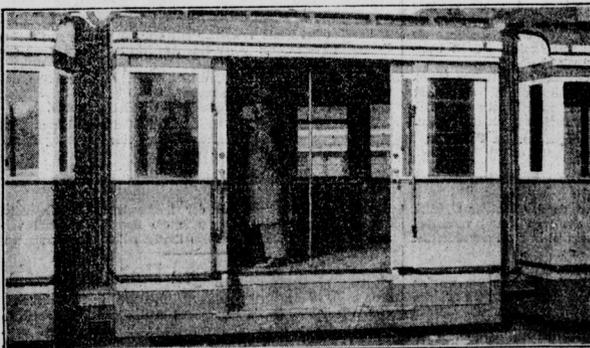
Eine Gruppe junger Tänzerinnen fuhr gestern unter einigem Krach in ihr südamerikanisches „Engagement“

Strassenbau in Zehlendorf



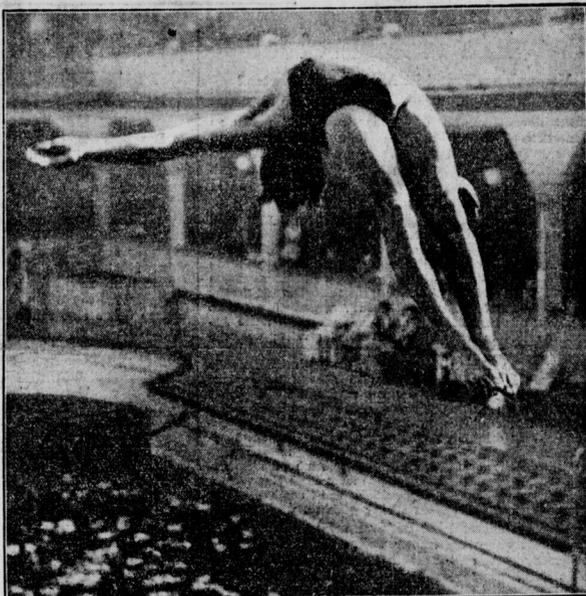
Der sogenannte Engpass wird endlich verbreitert

D-Züge der Berliner Strassenbahn



Die neuen Züge haben ein Mittelstück, sind 23 Meter lang und fassen 165 Fahrgäste

Simaika springt



Der ägyptische Meisterspringer trainiert im Berliner Wellenbad

Fest der Rennfahrer im Sport-Palast



Die Schrittmacher haben die Motorräder mit Rollern vertauscht

Reichsgericht hebt Grosz-Freispruch auf

Der Prozess des Zeichners vor der höchsten Instanz / Zurückverweisung an die Vorinstanz

LEIPZIG, 27. Februar.

Heute fand vor dem zweiten Strafsenat des Reichsgerichts die Revisionsverhandlung gegen den bekannten Kunstmaler und Graphiker George Grosz (Berlin) und den Verleger Wieland (Herzfelde) statt. Den Gegenstand der Anklage bilden Zeichnungen von Grosz aus einer Sammelmappe. Sie tragen die Unterschriften „Seid untreu an der Obrigkeit!“, „Die Anschauung des Heiligen Geistes“ und „Maulhaken und weiter dienen“. Die letzte Zeichnung ist die am meisten bestandene. Sie stellt einen nackten Christus am Kreuze dar mit Gasmasken und Soldatenstiefeln angetan.

Nachdem das Schöffengericht den Zeichner und seinen Verleger gemäss § 186 Str.G.B. wegen Beschimpfung von Einrichtungen der christlichen Kirche zu je 200 Mark Geldstrafe verurteilt hatte, kam das Landgericht III zu Berlin zu einem Freispruch, indem es davon ausging, dass, wenn diese Bilder mit den übrigen in Zusammenhang betrachtet werden, trotz der Art der Darstellung

„nur die Tendenz der Kriegsbekämpfung zum Ausdruck komme und der Vorwurf gegen die christliche Kirche, die sich nach Meinung des Künstlers in den Dienst einer Sache stelle, die sie nach ihren Grundsätzen der Nächstenliebe nicht vertreten dürfte.“

Gegen dieses Urteil legte die Staatsanwaltschaft Revision beim

Reichsgericht ein hauptsächlich mit der Begründung, dass das Landgericht sich viel zu sehr in den Gedankengang eines gebildeten nachdenklichen Beschauers versetzt und zu wenig das Empfinden eines einfachen Mannes, des Durchschnittsbeschauers bei der Betrachtung der Zeichnungen geprüft habe. Der Vertreter der Staatsanwaltschaft, Dr. Schmiedewitz, beantragte Aufhebung des freisprechenden Urteils und Zurückweisung der Sache an das Landgericht II Berlin. Aus der sehr umfangreichen Begründung dieses Antrages ist folgendes hervorzuheben: Im Vordergrund steht die Zeichnung des gekreuzigten Christus. Das Landgericht nimmt an, der Angeklagte habe zum Ausdruck bringen wollen, so wenig wie Gasmasken und Soldatenstiefeln zum Christusbild passen, so wenig passt die Lehre der kriegstreibenden Vertreter der christlichen Kirche zur wahren christlichen Lehre. Es fragt sich, ob der Durchschnittsbetrachter wirklich diesen Gedankengang aus der Darstellung entnimmt.

Das Landgericht geht hauptsächlich davon aus, wie der Künstler selbst die Bilder verstanden wissen will. Seine Gedankengänge haben allerdings nichts Beschimpfendes.

Das Landgericht übersieht, dass eine Beschimpfung auch in der Form einer Aeusserung erbracht werden kann. Von diesem Standpunkt aus hätte das Landgericht den Sachverhalt prüfen müssen; das muss nachgeholt werden. Des weiteren meint der Reichsanwalt, dass auch der Gesichtspunkt der Gotteslästerung im Zusammenhang mit dem Sachverhalt geprüft werden müsse. Dem Antrag der Staatsanwaltschaft trat Reichsanwalt

Dr. Aptel (Berlin) als Vertreter der Angeklagten entgegen. Er machte zunächst dem Reichsanwalt den Vorwurf, dass er sich über die dem Revisionsgericht gezogenen Grenzen hinwegsetze und die tatsächlichen Feststellungen des Landgerichts nicht gelten lasse. Er lehnte ganz entschieden eine erweiterte Interpretation des § 186 des Strafgesetzbuches ab dahingehend, dass unter Aeusserungen auch bildliche Darstellungen zu verstehen seien. Ausgehend als Durchschnittsbetrachter sei nicht der philosophische, sondern der Durchschnittsmensch, der nachzudenken gewohnt sei. Dazu aber sei der grösste Teil des Publikums in der Lage. Der Verteidiger beantragte Verwerfung der Revision des Staatsanwalts.

Das Urteil

Auf Grund der Revisionsverhandlung gegen den Kunstmaler George Grosz hat der zweite Strafsenat des Reichsgerichts dem Antrag des Reichsanwalts stattgegeben und das Urteil des Landgerichts III in Berlin aufgehoben und die Sache zur anderweitigen Verhandlung und Entscheidung an die Vorinstanz zurückverwiesen. Der Senat bringt unter anderem zum Ausdruck, dass auch die Kunst auf das religiöse Gefühl von Millionen Anhängern der christlichen Kirche Rücksicht nehmen müsse.

Ein Notschrei

Von welcher Partei ist Abhilfe zu erwarten?

Die im Lager der Rechten stehenden Arbeitnehmer drückt der Schuh an derselben Stelle und genau so schmerzlich wie die politische linksstehenden Arbeitnehmer. Das beweist eine Versammlung der Arbeitsgemeinschaft Gross-Berlin im Deutschen Nationalen Handlungsgehilfen-Verband, die dieser Tage stattfand und in der folgende Entschliessung gefasst wurde:

Die Jahreshauptversammlung der A. G. B. im D. H. V. stellt mit Bedauern fest, dass es bisher noch nicht gelungen ist, auf dem Wege der Gesetzgebung einen wirksamen Schutz der älteren Angestellten zu erreichen. Die Not der stellenlosen älteren Angestellten wird immer grösser; selbst die amtlichen Arbeitsmarktbüros stellen fest, dass sich die Rationalisierung besonders scharf gegen die älteren Angestellten auswirkt. Zehntausende berufstätige und schaffensfreudige ältere Angestellte sind in Not und bitteres Elend geraten; wertvolle Kräfte gehen unserer Wirtschaft verloren.

Die Versammlung richtet daher an die Reichsregierung die dringende Bitte, den gesetzgebenden Körperschaften einen Gesetzentwurf vorzulegen, der auf arbeitsgemeinschaftlicher Grundlage die Zurückführung der stellenlosen älteren Angestellten in ihre Berufsarbeit in die Wege leitet. Im Zusammenhang damit sind Massnahmen gegen das überhandnehmende Eindringen von Doppelverdienern in die Angestelltenberufe dringend erforderlich. Auch die Berufstellung der Angestellten im Betriebe muss durch eine weitere Verlängerung der Kündigungsfrist und durch die Einführung von Abbrechern stärker gesichert werden.

Der Verbandsvorsitzer Bechly wandte sich in seinem Schlusswort gegen die immer weiter um sich greifende Beherrschung von Wirtschaft, Kunst und öffentlichem Leben durch grosse Kapitalgruppen. Es könne nicht mehr geschrieben oder aufgeführt werden, was nicht eine Kapitalgruppe hinter sich habe. Die Entwicklung der Demokratie zur Plutokratie erfüllt die rechtsstehenden Arbeitnehmer auch ebenso mit Sorgen wie die Politiker der Linken. Nur werden sich die deutschen nationalen Handlungsgehilfen darüber klar sein müssen, dass sie von den Rechtsparteien eine Änderung der von ihnen kritisierten Zustände nicht zu erwarten haben. Sie haben zwar das Tischrecht zwischen sich und Hugenberg zertrümmert, aber die anderen Parteien und Gruppen der Rechten, auf die sie ihre sozialen Hoffnungen setzen, werden sie ebenso enttäuschen wie die Hugenberg-Partei, weil auch jene ihrer Struktur und ihrem Wesen nach bestenfalls soziale Fassadenpolitik treiben, nicht aber durchgreifende Abhilfe schaffen können, wenn sie sich nicht selbst aufgeben wollen.

Was geht in Preussen vor?

Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses

Auf Grund der Beratungen, die gestern in der demokratischen Landtagsfraktion stattfanden, ist heute mittags 12 Uhr der Interfraktionelle Ausschuss der Regierungsparteien zu einer Sitzung zusammengetreten, der ausser dem Ministerpräsidenten auch die demokratischen Minister Dr. Hüpper Aschoff und Dr. Schreiber beiwohnten. Die Verhandlungen, die streng vertraulich sind, dauerten bei Redaktionsschluss noch an.

Die demokratische Landtagsfraktion setzt heute ihre Besprechungen, die sie bereits gestern in Anwesenheit einiger Mitglieder der Reichstagsfraktion begonnen hatte, fort. Der Kommissar der preussischen und Reichsregierung für die Ostpreussische, Reichstagsabgeordneter Rönneburg, gab einen ausführlichen Bericht über die Entschliessungssaktion in Ostpreussen.

Heimannsberg kommt heute zurück

Polizeipräsident Heimannsberg trifft im Laufe des heutigen Tages in Berlin ein. Sein Urlaub läuft erst am Montag, 3. März, ab. Ein unumkehrbares Engstellen des preussischen Innenministers Grozinski in den bekannten Kompetenzkonflikt zwischen dem Polizeipräsidenten Weiss und dem Kommandeur der Ber-

Die entscheidende Kabinettsberatung

über die Finanzvorschlage Dr. Moldenhauers

Das Reichskabinett ist heute vormittag im Reichstag zur Beratung über die Vorschläge des Reichsfinanzministers Dr. Moldenhauer zusammengetreten. Es wird nicht nur über die Steuervorschläge des Reichsfinanzministers zu entscheiden haben, sondern sich auch darüber schlüssig werden müssen, ob es sich bereits jetzt auf die von Moldenhauer gewünschte Ausgabenbegrenzung für das Etatsjahr 1931 einlassen soll. Auch sollen vom nächsten Jahre ab Steuerersparnisse eintreten, die Dr. Moldenhauer bereits jetzt unter der Voraussetzung festgelegt wissen will, dass etwaige Steuerüberschüsse in diesem Jahre eine solche Steuerersparnis im nächsten ermöglichen.

Ob das Kabinett sich auf die Moldenhauerschen Vorschläge wird einigen können, ist im Augenblick sehr zweifelhaft. Die Gegensätze sind, worauf wir bereits hinwiesen, nicht so sehr beim Zukunfts- als beim Gegenwartspartei ausserordentlich gross. Von sozialdemokratischer Seite werden die Vorschläge Dr. Moldenhauers zur Arbeitslosenversicherung abgelehnt. Auch wird die Deutlichmachung durch die Verschärfung der Verbrauchssteuer und die Erhöhung der Zölle im „Vorwärts“ scharf bekämpft. Das sozialdemokratische Zentralorgan beurteilt die Situation sehr ernst:

„Wie immer man zu den Einzelheiten des Moldenhauerschen Programms stehen mag, in seiner Gesamtheit ist es für die Sozialdemokratie untragbar. Dieses Programm bedeutet eine wesentliche Verschärfung der politischen Situation.“

Starke Widerstände gegen Tardieu

Die Radikalen lehnen ihn als Kabinettschef ab — Briand als letzter Retter?

PARIS, 27. Februar.

Die Bildung der Regierung Lardieu ist nicht so leicht, wie es gestern erwartet wurde. Alle Parteien sind darüber einig, dass nur ein Kabinett der republikanischen Konzentration eine Mehrheit in dieser Kammer finden kann. Aber die Radikalsocialisten und die wichtige Gruppe der Radikalen Linken sind zwar bereit, durch ihre Beteiligung eine Konzentrationsregierung zu unterstützen, doch nur dann, wenn der Präsident dieser Regierung nicht André Tardieu ist.

In einer Fraktionsitzung der Radikalsocialisten wurde unter Herriots Vorsitz die folgende Tagesordnung angenommen: „Nach der Prüfung der politischen Lage erklären die radikalsocialistischen Senatoren und Deputierten einstimmig, dass sie ihrer Mitarbeit an einer von André Tardieu präsidentierten Regierung nicht zustimmen können.“ Dieser Beschluss wurde auch vom Senator Albert Sarraut gebilligt, der mit Tardieu befreundet ist.

Die Haltung Tardieus gegenüber dem Kabinett Chautemps hat die Linke arg verstimmt. In einem Artikel der „Ere Nouvelle“ ermahnt Herriot André Tardieu daran, dass die Opposition der Linken ihm einen Waffenstillstand zugestanden habe, damit er nach dem Haag gehen konnte, während Tardieu der Regierung Chautemps zur Fortsetzung der Verhandlungen in London nicht die gleiche Rücksicht erwiesen habe. Auch die radikale Linke und die sozialistischen Republikaner haben erklärt, sie würden es für besser halten, wenn ein anderer Politiker als Tardieu das Präsidentsamt in einem Konzentrationskabinett übernehme. Gegen Tardieu als Minister wird keine Einwendung erhoben, vorausgesetzt, dass er nicht Minister des Innern bleibt.

Tardieu hat trotz dieser Schwierigkeiten die Hoffnung nicht aufgegeben, dass er die Kabinettsbildung aufgeben. Er ist davon überzeugt, dass er bis zum Sonnabend seine Regierung vorstellen kann. Poincaré hilft ihm durch Unterredungen mit den Politikern der Linken.

liner Schutzpolizei steht nicht bevor, da der Minister ziemlich ernstlich erkrankt ist. An Stelle des nach Kassel versetzten Regierungsrats Schön wird ein Journalist in das Pressesekretariat am Polizeipräsidenten in Berlin berufen werden.

Auf dem Gross-Berliner Parteitag der Demokraten wurden die an dem vorhergehenden Parteitag zurückgestellten Wahlen der stellvertretenden Vorsitzenden vorgenommen. Es wurden gewählt: Reichstagsabgeordneter Oskar Mayer, Stadtverordneter Hausberg, Bürgermeister Reichhelm, Postsekretärin Else Fisch. Des weiteren referierte auf dem unter der Leitung des ersten Vorsitzenden, Landtagsabgeordneten Otto Nusckel, stehenden Parteitag der Führer der demokratischen Stadtverordnetenfraktion, Schubert, über die Lage in Berlin. Er betonte erneut die Notwendigkeit eines günstigen Finanzangebots für die

Er hat, wie gemeldet, mit dem Senator Besnard und mit dem Deputierten Palmade gesprochen und sie gebeten, auf ihre Parteifreunde einzuwirken.

Die Sozialisten arbeiten gegen Tardieu. Léon Blum erklärte, dieser rücksichtslose Opportunist (Tardieu) werde nicht davor zurückschrecken, im Notfall eine Rechtsregierung sogar ohne Briand zu bilden.

Die Lage ist also heute so,

dass eine Regierung der republikanischen Konzentration nur dann möglich ist, wenn entweder die Linke ihren Widerstand gegen das Präsidentsamt aufgibt, oder wenn Tardieu darin willigt, dass ein anderer als er Ministerpräsident wird.

Es ist noch nicht zu erkennen, auf welcher Seite die grössere Neigung zur Nachgiebigkeit besteht.

Gelingt keine dieser beiden Lösungen, dann wäre es am besten, die Kammer aufzulösen und Neuwahlen anzusetzen. Von der Möglichkeit dieser Entwicklung wird heute in einigen Blättern gesprochen, aber mit grossen Bedenken; denn keine Partei will die Verantwortung für einen Beschluss übernehmen, der unter den jetzigen Verhältnissen für die internationale Politik und besonders für Frankreich sehr ernste Folgen haben könnten.

PARIS, 27. Februar. (12 Uhr.)

Tardieu hat heute vormittag mit einigen politischen Persönlichkeiten gesprochen. Aber eine Aussicht auf eine Lösung der Krise ist noch nicht zu erkennen. Tardieu, der in der Mittagssitzung im Elysée erschien, erklärte nur, dass er seine Bemühungen fortsetzen und morgen um 15 Uhr dem Präsidenten über den Stand seiner Verhandlungen berichten werde.

Aus Informationen der Zeitung „Paris-Midi“ geht hervor, dass einige der wichtigsten politischen Parteien eine Regierung Briand für möglich halten.

Reichshauptstadt. Bezüglich der Neubesetzung der leitenden kommunalen Ämter sehen sich die Demokraten nicht veranlasst, aus ihrer bisher geübten Zurückhaltung herauszutreten.

Deutschnationale gegen Deutschnationale

HAMBURG, 27. Februar.

Die Deutschnationale Volkspartei in Hamburg hat sogenannte Rollkommandos in Betrieb gesetzt, die unter Führung von Parteibeamten die Aufgabe durchführen, Versammlungen der deutschnationalen Opposition zu sprengen. Auf diese Weise wurde eine Versammlung der bekannten, kürzlich aufgetretenen deutschnationalen Studentengruppe regelrecht gesprengt. Gegen die beteiligten Studenten wird ein Disziplinarverfahren bei der Universität eingeleitet werden.

Eine Weltstadt ist bankrott

Der grosse Skandal in Chicago / Der Pleitegeier über dem Michigansee / Die „Fixer“ und die Steuerzahler / 300 Millionen Schulden / Man pumpt und 60000 Menschen hungern

WASHINGTON, im Februar.

Es fiel Chicago schon seit langem auf die Nerven, dass es unter den amerikanischen Städten an zweiter Stelle stehen sollte. New-York erschien den Bürgern der „windigen Stadt“ am Michigansee als der Nebenbuhler, gegen den sich ein Kampf bis aufs Messer verlohnte. Das Zahlenverhältnis in den Einwohnerziffern der beiden Metropolen ist heute noch wie zwei zu eins: sechs Millionen in New-York, drei Millionen in Chicago. Aber was nicht ist, kann noch werden. 1893 hat Chicago seine letzte Weltausstellung erlebt, und seitdem ging es mit Riesenschritten vorwärts. Chicagoer, die das Herz auf den rechten Fleck hatten, waren längst schon der Meinung, dass ihre Heimatstadt Kapitale des Landes sein sollte, Metropole des Mittelwestens war nicht genug — Weltmetropole sollte sie sein, die stolzeste, die reichste, die mächtigste.

Und die geistige Haltung der Chicagoer Menschen entsprach ihrem Ideal. Sie sind grosszügig, von einer begeisterten Lebendigkeit, voll eines erfrischenden Pionierinstinks, voller Zuversicht in ihre Zukunft. Alle Kriminalrekorde konnten den Optimismus nicht trüben. 1933 sollte die nächste Weltausstellung vor den Augen einer stauenden Mittelwelt ausgebreitet werden. Volkswirtschaftler schossen in die Höhe, Gewaltige neue Parkanlagen strahlten in jungem Grün, flankiert von Bankpalästen und Millionärsvillen. Das goldene Zeitalter schien wieder-gesekert.

Heute aber ist Chicago bankrott. Der Pleitegeier kreischt vernachlässigt über dem stämmigen Michigansee, und Chicago ruft nach Konkursverwaltern. Die Kassen sind leer, schuldensüberladen steht die Verwaltung vor der Gemeinde. Und New-York ist schadenfroh.

Der Krach kam nicht über Nacht. Seit Jahren waren Grundstücksbesitzer in Chicago die wehlosen Opfer bestechlicher Beamten. Nehmen wir den Fall eines Bürgers, dessen Haus mit Grund und Boden sich als Steuerobjekt im Werte von 100 000 Dollars darstellen mochte. Die verantwortliche Behörde bestimmte diesen Wert in verantwortungsloser Willkür. Und wenn die Rechnung präsentiert werden sollte, wurde dem Steuerzahler faktvoll bedeutet, wenn er nur 10 000 oder 20 000 Dollars in die Kasse der So-and-so-Partei fliessen lassen wolle, als „freiwillige Spende“, so werde es sich wohl einrichten lassen, dass der Wert seines Besitzers anstatt auf 100 000, sagen wir, nur auf 50 000 Dollars geschätzt würde. Ein feines Geschäft, für den Steuerzahler und für die Kasse der jeweils regierenden Partei. Und saubere Burschen, die diesem Schmutzhandelwerk oblagen!

„Fixer“ nannte man die Herren. Es kam immer nur darauf an, wie gefixt wurde. Zugunsten der Steuerzahler oder zu ihrem Nachteil. Aber gefixt wurde dauernd, nur nie zum Vorteil der Kommune, und die „Fixer“ haben Millionen in ihre Taschen fliessen lassen, ohne dass der biedere Steuerzahler dessen inne wurde. Chicago hatte andere Sorgen. „Der grosse Bill“, Bürgermeister Thompson, war mit dem König von England beschäftigt, der angeblich im Begriff stand, Chicago in eine grossbritannische Kolonie zu verwandeln. Und währenddessen schwollen die Bankkonten der „Fixer“ zu anschaulichen Proportionen an.

Vor drei Jahren endlich begann sich im Publikum Verdacht zu regen. Irgendwie schienen es mit den Steuererhebungen nicht zu stimmen. Ein Nachbar kam zum andern. Steuerzettel wurden verglichen. Grundstücke, die in ein und demselben Strassenzug nebeneinander lagen, waren ganz verschieden bewertet worden, und es lag auf der Hand, dass immer der am besten fuhr, der den „Fixern“ die fettesten „Provisionen“ als widerwilligen Tribut entrichtete. So kam es zum Krach. Um 1928 herum waren schon Hunderttausenden die Augen aufgegangen, und eine Protest-

bewegung setzte ein, die gar manchen würdigen Amtsesellen ins Wanken brachte.

Die Aufsichtsbehörde griff ein. Eine Neubewertung des gesamten Grundbesitzes in Gross-Chicago wurde angeordnet, und mit einem Schläge waren alle „Fixer“ von der Bildfläche verschwinden zu scheitern, und zwar so gründlich, dass die Revision bereits einundzwanzig Monate gedauert hat. Und bis sie abgeschlossen ist, im Juni vielleicht, vielleicht erst im September, kann die Stadtgemeinde Chicago keine Steuern erheben, denn es fehlt jede gesetzliche Basis für ihre Errechnung. Wöder für 1928, noch für 1929 haben die Bürger Steuern bezahlt. Aber die windige Stadt mit ihren allen vielen Windbenteln hat sich nicht aus der Fassung bringen lassen. Bürgermeister Thompson ist ein Gemütsmensch. Man lebt auf Pump. Es geht auch so.

Nach einer Karriere der grossen Worte ein Fazit von Nullen, Nullen, Nullen. „Nämlich auf der Passivseite. Stadt und die Cooksche Grafschaft, die eine verwaltungsmässige Einheit darstellen, schulden rund 300 Millionen Dollars, und sie haben diese Schuld jährlich mit wenigstens 18 Millionen zu verzinzen. Zuerst wurden 473 Schutzleute entlassen. Die Unterwelt jubilierte, und der Polizeiverzicht konstatierte nach wenigen Tagen, der Verbrechertatbestand sei um sechzig Prozent lebhafter, als (das sonst doch an allerhand gewöhnte) Chicago gewohnt sei. Dann kam die Feuerwehr an die Reihe: 220 Mann gekündigt. Und prompt erhöhten die Feuerversicherungsgesellschaften ihre Tarife. Pflanz- und Gärtnereibesitzer ständen als nächste Opfer auf der Kündigungsliste, was der Sanitätskommissar erklärte, dass er unter solchen Umständen für die Qualität der städtischen Milchlieferungen keine Gewähr zu übernehmen vermöge.

Zwar wurden diese Kündigungen zurückgezogen, aber kurz nach Neujahr wurde 20 000 städtischen Beamten und Angestellten eröffnet, dass an Gehaltsauszahlungen nicht zu denken sei. Selbst Witwenpensionen blieben aus. Und es war ganz und gar gleichgültig, ob Strassenschräger, Krankenschwester oder Oberstudienräte mit ihren berechtigten Forderungen an die vorgeetzte Be-

hörde herantraten — in den Kassen der Stadt herrschte gähnende Leere. Beinahe wäre es zur Schliessung der Schulen gekommen. Nicht der Lehrer und Lehrerinnen wegen, die alle den Brotkorb höher hängten und opfermütig den Unterricht fortführten, ohne die Aussicht einer Gehaltzahlung auf lange Frist. Sondern weil die Kohlenhändler nicht gewillt waren, weiterhin Brennstoffe auf Kredit zu liefern. Es gelang am Ende, sollte die Kohlenhändler zu beschwichtigen. Und indessen ist Schmalhans Küchenmeister bei sechzigtausend Angestellten und Beamten.

Die Pleite ist grandios. Aber kein Mensch weiss, wann und wie sie beboben werden soll. Ein Bürgerausschuss hat den Vorschlag gemacht, der Stadt 2 conto künftiger Steuereinnahmen zu leihen. Aber was bedeuten 20 Millionen bei einer Schuldenlast von 300! Und der Bürgerausschuss hat hinzugefügt, er wünsche die Verausgabung dieser Gelder zu überwachen. Bürgermeister „Big Bill“ hat Zetermordio geschrieben, und nun sind mit einmal die Millionäre an allem schuld. Der Bürgerausschuss, der die Interessen des Grosskapitals wahrhaben, habe es gewagt, der Volksvertretung seine Bedingungen zu diktiert. Nun geht es hart auf hart. Der kleine Mann geht die Bankrotte an! Aber das stimmt nicht, denn bei der Neubewertung des Grundbesitzes waren die Negerschuldlinge des grossen Bill nicht minder vorteilhaft gehalten als die Millionäre im Bankenviertel.

So lautet der letzte Bericht von der Schicksalsfront am Michigansee. Chicago liegt von der Hand in den Mund. Die Vorbereitungen für die nächste Weltausstellung stocken. Pumpe, wer kann, ist die Parole der Fatalisten. Und so ist denn den Chicagoern nichts anderes übrig geblieben, als eine Pumpdelegation nach New-York zu entsenden, damit der grosse Bruder ihnen aus der Patsche helfe. Aber die New-Yorker haben sich ins Faustchen gelacht und haben die Delegation, gleich begossenen Pudel, nach Hause geschickt. Einstweilen fährt der grosse Bill fort, schön Reden zu halten. Die Millionäre und alle anderen Leute zahlen keine Steuern. Und eine Metropole sitzt in der Tiefe.

Dr. Max Jordan.

AM RUNDPUNKT

Opernquerschnitt am untauglichen Objekt — Artur Honegger als Gastdirigent — Moderne Kunst in Kurzprogrammen — Musikalische Film-Illustration und Jazz-Solisten

Man kann nicht durch jede Oper einen Querschnitt legen; am wenigsten dann, wenn es sich um ein so populäres Werk handelt, wie es der „Troubadour“ von Verdi ist. Was soll ein Opernquerschnitt dort, wo jeder Hörer die Melodien kennt, wo er mit-zuzingen instande wäre, wo er mit dem Vorgang der Handlung vertraut ist.

Ein Opernquerschnitt soll uns solche Werke erschliessen, denen heute die Bühne versperpt ist. Das erste Beispiel der Reihe, Meyerbeers „Dinorah“, war darum gut gewählt: Man konnte vielleicht noch diese oder jene Melodie, wusste aber von ihrem Zusammenhang mit der Handlung nichts, vielleicht nicht einmal, woher sie stammte. Solche Opera gibt es noch eine ganze Reihe in der Musikliteratur, die es verdienen, dass man sich ihrer erinnert, dass man darüber unterrichtet wird, was in ihnen vorgeht, welche Eigenarten und Werte ihre Musik hat.

Den „Troubadour“ aber braucht man nicht zurückzugewinnen, man kann ihn uns nicht näher bringen, als er uns schon steht; darum war seine Bearbeitung ein grosser Irrtum, ein Missverkennen der Bedeutung des Querschnitts. Auch die textliche Fassung der Zwischenbemerkungen diene nicht dem Zweck, der ihnen zuzumuten ist. Die Berliner Sendeleitung wird sich einmal darüber klarwerden müssen, welchen Sinn diese Schnellführungen durch Opernwerke haben sollen, wird danach unter beratender fachlicher Hilfe eine Auswahl treffen müssen und mit der Bearbeitung vielleicht mehrere beauftragen, um die bestgehende Fassung auswählen zu können.

Gewinn dieses Abends war allein die musikalische Wiedergabe. Schon kürzlich erlebte man in Rudolf Hindemith einen hervorragenden Operndirigenten, dem wir damals die „Carmen“ zu danken hatten, und der auch diesmal der Partitur italienisches Brio entlockte. Eine wertvolle Erscheinung unter Berliner Rundfunkdirigenten. Auch die solistische Besetzung mit Joseph Schmidt, Herbert Janssen, Beata Malkin und Sabine Kaller war ausgezeichnet.

Als Gastdirigent leitete Artur Honegger das Berliner Funkorchester in einem Konzert mit eigenen Werken.

Verschiedenen Epochen seines Schaffens entlassend, geben die einzelnen Nummern des Programms wohl ein Bild der Persönlichkeit des Komponisten, lassen die einzelnen Neigungen, die ihn auf seinem Entwicklungsgang bestimmt haben, erkennen, mussten aber doch verwirrend auf den wirken, der in diesem Abend zum ersten Male Honeggersche Musik zu hören bekam.

Wenn, wie es scheint, der Rundfunk mehr und mehr zur Tribüne prominenter Gäste wird, so ist das an sich gewiss zu begrüssen; aber die Tatsache, dass ein zahlenmässig sehr grosses Publikum die Hörerschaft bildet, muss doch in irgendeiner Form bei der Programmaufstellung mit berücksichtigt werden. Mit anderen Worten: Will man die moderne Kunst schagemässig und zweckdienlich pflegen und fördern, dann hätte man sich vor überlangen Programmen. Jede Kunstgattung, die hohe Ansprüche an uns stellt — und dazu gehört zunächst einmal alles Problemhafte unserer Tage — kann nur in kleinen Rahmen wirken.

So ist man ja auch bei der Kammermusik, die, um wirklich genossen zu werden, grosse Konzentration und Aufmerksamkeit verlangt, vom abendfüllenden Programm mit beispielsweise drei Quartetten, längst abgекommen, und begnügt sich mit einem gedüngerten Programm. Ähnlich sollte man moderne Orchester-musik nur in zeitlich kurzen Programmen aufnehmen, und lieber

die gleiche Vortragsfolge nach einigen Tagen wiederholen, um dadurch den Eindruck und das Verständnis zu vertiefen.

Ein solches Kurzprogramm stellte beispielsweise das Konzert des Deman-Quartetts dar, von dem ein Kamnisches Streichquartett sehr vornehm und reich naanciert gespielt wurde. Ähnlich es um die Liedersunde Bronzestadt, der stimmgewollte Lieder der beiden Berliner Komponisten Hans Hurnmann und Clemens Schmalich mit schönem Ton sang. Hierher gehören auch die mancherlei Chorkonzerte, die man zu hören bekommt, wenn auch leider die Frage des Chorgesanges vor dem Mikrophon noch nicht endgültig gelöst ist. Je kleiner der Chor, desto intensiver die Wirkung, weil alle nicht genaue Tongebung in der der vorliegenden Besetzung sich unangenehm bemerkbar machen.

In ihrem Kontrast zwischen Einst und Jetzt und in ihrer Beziehung zu der Alltäglichkeit des Filmes nicht nur amüsant, sondern zugleich für viele gewiss belehrend war das Gespräch zwischen Dr. Lothar und Dr. Leonora über die musikalische Illustration eines Filmes, das den Rahmen für praktische Beispiele bildete.

In einem Nachmittagskonzert spielte Hermann Zanke alte Filmmusik, darunter eine hübsche Filmmusik von Telenmann. Jazz-Solisten zeigten auf Saxophon, Harmonika, Trompete, Posanne und Banjo ihre erstaunlichen Fertigkeiten.

Lothar Band.

Ein Museum des Aberglaubens

Kopenhagen hat ein neues Museum erhalten, das wertvolle Sammlungen aus der Geschichte der Medizin enthält. Die ausgestellten Stücke stammen zum Teil aus den ältesten Irrlehren-Dimenarks. Es ist eine unheimliche Schau von Zwangsjacken, Zwangsstühlen, Lederriemen und anderen Instrumenten, mit denen man früher die Geisteskranken quälte. Ein Saal veranschaulicht den Aberglauben in der Volkshelkunde. Dort sieht man Wildschweins- und Fuchszähne, mit denen man früher Cholera und Pest beschwor. Ein Schweinskopf in silberner Fassung „half“ gegen Haarausfall. Bärenfanten galten als Mittel gegen Rheumatismus, während mit gehelmten Eisen beschriebenen Kreuz, ein sogenanntes Volts-Kreuz, seinem Träger Schutz vor allen Krankheiten versprach. Unheimlich mutet die Tracht der Pestärzte an: roter Mantel, roter Hut, eine Gesichtsmaske mit langem vogelartigen Schnabel in blauer Farbe. Sehenswert ist auch eine Ausstellung von alten Mikroskopen, deren Wert nicht in ihren Gläsern, sondern in der schmeckvollen Ausstattung der Röhre bestand. Die Kinderjahre der Apotheke werden in einem Laboratorium veranschaulicht. In fahlem Licht schimmern Ofen, Retorten, Kolben, die an das Studierzimmer eines mittelalterlichen Alchimisten erinnern. Es gibt ferner die Giftmasken, die bei der Bereitung von giftigen Medikamenten getragen wurden, Köpfe mit grinsenden Fratzen.

Verantwortliche Redakteure: für Politik, Feuilleton und die Beilage: Fritz Metzger; für Kunst, Sport und die übrigen Teile des Blattes: Heinrich Hoppenheimer; für den Inseratenteil: Bruno Scholz; sämtlich in Berlin. Für eventuelle eingewandene Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin.



Praktische Einrichtung

Die Stadt Fair hat zur Bewachung der Auto-Parkplätze behelnte Beamte angestellt